



# Wichtige rechtliche Grundlagen für die Hinweisbearbeitung der eco Beschwerdestelle

Stand: Dezember 2024

*Anmerkung: Diese Aufstellung von Normen soll einen generellen Überblick über die rechtlichen Grundlagen der Beschwerdestellenarbeit geben. Sie erhebt daher nicht den Anspruch, die genannten Normen gänzlich abzudecken, sondern konzentriert sich auf eine kurze Erklärung der jeweils für die Beschwerdestelle relevanten Aspekte.*

## Providerhaftung gemäß DDG und DSA

Rechtliche Grundlage der Arbeit der eco Beschwerdestelle ist unter anderem das Haftungsgefüge, wie es das Digitale Dienste Gesetz (DDG) und das Gesetz über digitale Dienste (DSA) regeln.

Grundsätzlich ist jeder Anbieter für eigene Inhalte selbst verantwortlich (sog. Content-Provider).

Nach § 7 DDG und § 6 DSA sind Hosting-Provider (Intermediäre) für die Informationen, die sie für einen Nutzer speichern, erst verantwortlich, wenn Sie Kenntnis von deren Rechtswidrigkeit erlangen. Dann müssen sie allerdings auch unverzüglich tätig werden und diese Inhalte entfernen oder für andere Legalisierung sorgen.

Anders verhält es sich bei Access-Providern, welche den Zugang zu fremden Informationen vermitteln oder diese in einem Kommunikationsnetz übermitteln. Nach § 7 DDG und § 4 DSA sind solche Anbieter für fremde Informationen nicht verantwortlich, wenn sie nicht etwa die Informationen bzw. deren Adressaten ausgewählt haben oder mit einem Dritten zusammenwirken, um rechtswidrige Handlungen zu begehen.

Die eco Beschwerdestelle informiert in diesem Gefüge daher in der Regel die Hosting-Provider, Plattformprovider und/ oder Inalteanbieter. Wann ein Inhalt als rechtswidrig bewertet und mit dem Ziel der Löschung an den Anbieter gemeldet wird, ergibt sich insbesondere aus den folgenden Rechtsvorschriften.

## 1. Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) und Jugendschutzgesetz (JuSchG)

Im Jugendmedienschutz-Staatsvertrag ist unter anderem geregelt, welche Online-Inhalte unzulässig sind.

### a. Absolut unzulässige Angebote

In § 4 Abs. 1 JMStV findet sich eine Auflistung von absolut unzulässigen Inhalten. Diese Inhalte dürfen – auch mit Zugangsbeschränkungen für Minderjährige – nicht zugänglich gemacht bzw. verbreitet werden:

- In Nr. 1 – 6 und 10 sind Inhalte aufgelistet, deren Verbreitung ebenfalls eine Straftat darstellen kann. Dazu gehören etwa volksverhetzende Inhalte, die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen oder Gewalt-, Tier-, Kinder- und Jugendpornografie. Näheres zu diesen Inhalten siehe unten bei den korrespondierenden Strafnormen (§§ 86, 86a, 130, 131, 130a, sowie teilweise 184a bis 184c StGB).
- Nach Nr. 7 sind kriegsverherrlichende Inhalte unzulässig – das heißt Inhalte, die in propagandaartiger Weise den Krieg glorifizieren, indem sie z.B. völkerrechtswidrige



kriegerische Handlungen als legitimes Mittel darstellen oder negative Folgen des Krieges ausblenden.

- Unzulässig sind nach Nr. 8 zudem Inhalte, die gegen die Menschenwürde verstoßen, indem sie z.B. Menschen darstellen, die schweren körperlichen oder seelischen Leiden ausgesetzt sind.
- Nr. 9 verbietet Darstellungen von Minderjährigen in unnatürlich geschlechtsbetonter Körperhaltung, also einer altersuntypisch sexualbezogenen Pose.
- Verboten sind schließlich nach Nr. 11 auch Werke, die in die Liste jugendgefährdender Medien nach § 18 JuSchG aufgenommen sind. Dort aufgenommen werden Medien, die geeignet sind, die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu gefährden.

#### b. Relativ unzulässige Angebote

Es gibt neben den bereits genannten absolut unzulässigen Inhalten auch solche, die grundsätzlich nicht verboten sind, jedoch Minderjährigen nicht oder nur in bestimmten Altersstufen zugänglich gemacht werden dürfen.

- Gemäß § 4 Abs. 2 JMStV muss der Anbieter bei bestimmten Inhalten sicherstellen, dass nur Erwachsene darauf Zugriff haben. Das sind etwa [„einfache“] pornografische Inhalte (Nr. 1), Inhalte, die in die Liste jugendgefährdender Medien nach § 18 JuSchG aufgenommen sind (Nr. 2) sowie offensichtlich schwer jugendgefährdende Angebote (Nr. 3).
- In § 5 JMStV ist schließlich geregelt, dass der Anbieter bei entwicklungsbeeinträchtigenden Inhalten dafür Sorge tragen muss, dass Minderjährige bestimmter Altersstufen (6, 12, 16 und 18 Jahre) sie üblicherweise nicht wahrnehmen können.

Seiner Pflicht nach dieser Norm kann der Anbieter etwa dadurch genügen, dass er eine technische Alterskennzeichnungen verwendet, die von geeigneten Jugendschutzprogrammen ausgelesen werden kann. Er genügt der Pflicht auch, wenn er die Zeit, in der die Angebote verbreitet oder zugänglich gemacht werden, so wählt, dass Minderjährige der betroffenen Altersstufe üblicherweise die Angebote nicht wahrnehmen (Abs. 3).

## 2. Strafgesetzbuch (StGB)

Für die Arbeit der eco Beschwerdestelle relevante Vorschriften des StGB sind insbesondere:

### a. Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

- § 184 StGB, Freizugängliche Erwachsenenpornografie

Pornografie darf nur Erwachsenen zugänglich gemacht werden. Pornografische Inhalte frei verfügbar ins Internet zu stellen ist daher nach dieser Norm verboten. Wer pornografische Inhalte verbreiten will, muss dafür Sorge tragen, dass keine Minderjährigen darauf zugreifen können (insbesondere durch geschlossene Nutzergruppen und Altersverifikationssysteme). Die Bestimmung, wann Inhalte pornografisch sind, ist nicht



immer einfach; generell sind solche Inhalte pornografisch, die sexuelles Verhalten vergrößernd darstellen, wobei der Mensch zum bloßen Objekt geschlechtlicher Begierde gemacht wird.

- § 184a StGB, Gewalt- und Tierpornografie

Die Verbreitung von pornografischen Inhalten, die Gewalttätigkeiten oder sexuelle Handlungen von Menschen mit Tieren zum Gegenstand haben, ist stets unzulässig.

- §§ 184b, 184c StGB, Kinder- und Jugendpornografie

Inhalte, die sexuelle Handlungen an, von oder vor einer minderjährigen Person zum Gegenstand haben, diese Personen ganz oder teilweise unbekleidet in aufreizend geschlechtsbetonter Körperhaltung darstellen oder Genitalien bzw. Gesäß von Kindern in sexuell aufreizender Weise wiedergeben, dürfen weder verbreitet noch hergestellt oder besessen werden.

- § 176b StGB, Cybergrooming

Das Einwirken auf ein Kind mit dem Zweck das Kind zu sexuellen Handlungen zu bringen, etwa durch das Zugänglichmachen pornografischer Inhalte (Cybergrooming), ist stets unzulässig. Geschieht dies mittels des Internets, ist der Zuständigkeitsbereich der eco Beschwerdestelle eröffnet.

- § 201a StGB, Nacktaufnahmen minderjähriger Personen

Hiernach ist es verboten, Nacktbilder von Personen unter 18 Jahren gegen Entgelt – online oder offline – anzubieten (Abs. 3).

#### b. Staatsschutzdelikte, Störung des öffentlichen Friedens

- §§ 86, 86a StGB, Propagandamittel und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

Beispiele dieser Straftaten sind die Verwendung eines Hakenkreuzes, der Flagge des „Islamischen Staates“ oder auch entsprechende Parolen von Organisationen, die für verfassungswidrig erklärt wurden.

- § 130 StGB, Volksverhetzung

Unter Volksverhetzung versteht man, dass in einer friedensstörenden Weise z.B. zum Hass gegen einen Teil der Bevölkerung oder eine bestimmte Gruppe aufgerufen wird. Umfasst sind etwa Beschimpfungen einer solchen Gruppe oder einzelner wegen Ihrer Zugehörigkeit zu dieser Gruppe in einer Weise, die die Menschenwürde angreift. Die Gruppe oder der Teil der Bevölkerung, gegen den sich die Hetze richtet, kann sich dabei u.a. aus der Nationalität, Religion oder sexueller Orientierung ergeben. Unter Volksverhetzung wird strafrechtlich zudem auch die Holocaustleugnung gefasst (Abs. 3).

Bei der Auslegung von § 130 StGB ist stets darauf zu achten, dass diese im Lichte der grundgesetzlich geschützten Meinungsfreiheit geschieht (Art. 5 GG).

- §§ 129, 129a StGB, Kriminelle und terroristische Vereinigungen

Online wie offline ist es verboten, für terroristische oder kriminelle Vereinigungen Mitglieder oder Unterstützer zu werben (§ 129 Abs. 1, 129a Abs. 5 StGB).



- §§ 111, 126, 130a StGB, Aufforderung, Androhung und Anleitung zu Straftaten  
Inhalte, die zu einer rechtswidrigen Tat auffordern, bestimmte Taten androhen oder als eine Anleitung zu diesen Taten dienen können, sind nach diesen Normen verboten.
- § 131 StGB, Gewaltdarstellung  
Unzulässig sind extreme Gewaltdarstellungen, die die Menschenwürde verletzen, indem sie besonders grausame Handlungen zeigen. Verboten ist es auch, extreme Gewalttätigkeiten zu verharmlosen oder zu verherrlichen.
- § 166 StGB, Beschimpfung von Bekenntnissen  
Verboten ist, ein Bekenntnis oder eine Religionsgesellschaft zu beschimpfen, wenn dadurch der öffentliche Friede gefährdet wird
- § 90a StGB, Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole  
Verboten ist außerdem, die Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder zu beschimpfen oder böswillig verächtlich zu machen sowie deren Symbole, Wappen etc. zu verunglimpfen.

### 3. Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG)

Beschwerden über unverlangt zugesendete werbliche E-Mails (Spam) bearbeitet die eco Beschwerdestelle anhand der Regeln des § 7 UWG. Nach § 7 Abs. 2 Nr. 3 UWG darf nur dann Werbung per E-Mail zugesendet werden, wenn der Empfänger vorher ausdrücklich zugestimmt hat.

Eine Ausnahme hiervon formuliert § 7 Abs. 3 UWG: E-Mail-Werbung ist unter sehr strengen Voraussetzungen bei einer Kundenbeziehung zwischen dem Werbenden und dem Empfänger erlaubt.

#### Zuständigkeitsbereich der eco Beschwerdestelle

Die obige Aufzählung des Prüfprogramms der eco Beschwerdestelle ist nicht abschließend; auch wegen hier nicht genannter gesetzlicher Regeln kann die eco Beschwerdestelle die Rechtswidrigkeit von Internetinhalten annehmen und entsprechende Maßnahmen treffen.

Dennoch führt nicht jede Meldung über möglicherweise rechtswidrige Inhalte jedweder Art zum Handeln der Beschwerdestelle. Insbesondere bei überwiegend zivilrechtlichen Sachverhalten (z.B. Urheberrechtsverletzungen), absoluten Antragsdelikten (z.B. Beleidigungstatbestände, vgl. § 194 StGB) oder bei Vorgängen, die eine umfangreiche Sachverhaltsaufklärung nötig machen würden, ist die Zuständigkeit der eco Beschwerdestelle nicht eröffnet.